grünjournal

Das Magazin der Grünen-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft

INHALT

Flüchtlinge

Bildung, Arbeit, Wohnen sind jetzt entscheidend. S. 2/3

Innenstadt

Die City benötigt Quirliges und bessere Anbindung. S 4

Tempo 30 vor Kita und Schule

Kinder können Entfernungen und damit den Gefährdungsgrad bei Geschwindigkeiten oberhalb von 30 km/h nicht einschätzen. An Kitas und Schulen kann es daher immer wieder zu brenzligen Situationen kommen. Um das Unfallrisiko und ggf. den Schweregrad von Verletzungen zu verringern, soll auf Initiative der Grünen-Fraktion vor allen Kitas und Schulen Tempo 30 angeordnet werden. "Für den Schutz von Kindern halten wir Tempo 30 im Umfeld von Kitas und Schulen für absolut zumutbar - selbst wenn sie sich an einer Hauptstraße befinden", betont Verkehrspolitiker Ralph Saxe.



Einfach feiern

enn junge Menschen im Sommer einfach mal in einer großen Gruppe am Weserufer oder auf der grünen Wiese feiern wollten, kam es immer wieder zu Problemen: Wegen unklarer Rahmenbedingungen hat die Polizei friedliche Freiluftpartys oft aufgelöst, selbst wenn gar keine Beschwerden vorlagen. Die Grünen-Fraktion hat nun einen Gesetzentwurf vorgelegt, der das gemeinsame Feiern draußen unbürokratisch ermöglichen sowie Konflikte mit Polizei und AnwohnerInnen vermeiden soll.

"Wenn junge Menschen auf öffentlichen Flächen feiern wollen, dann sollte man das respektieren. Wir reden hier über verantwortungsbewusste Party-Kollektive, die Rücksicht nehmen wollen und danach auch aufräumen.

Diese jungen Leute mit Anzeigen zu überziehen, ist völlig unangemessen. Natürlich ist aber auch der Anspruch von AnwohnerInnen legitim, vor übermäßigen Lärm geschützt zu werden", so der innenpolitische Sprecher Wilko Zicht.

Gefeiert werden darf dem Gesetzentwurf zufolge mit begrenzter Teilnehmendenzahl u.a. auf öffentlichen Grünflächen sowie an Badestellen von Seen und Flüssen. Ausgenommen sind hingegen Naturschutzgebiete, denkmalgeschützte Orte und Flächen, die die Beiräte per Votum ausgeschlossen haben. Die Feier ist vorher beim Stadtamt anzumelden. Für Polizei und Rettungsdienste sind bis zu drei Ansprechpersonen zu benennen. Die Veranstaltenden müssen sicherstellen. dass keine AnwohnerInnen durch Lärm gestört werden.

Bildung, Arbeit, Wohnen – das sind die Schwerpunkte des grünen Leitfadens für die Integration vor Ort



im normalen Leben

linge auf wie nie zuvor: Allein in den nächsten Jahren kommen hier gut 40.000 Menschen an, die vor Krieg und Verfolgung geflüchtet sind. Die Integration der Menschen wird die große Gestaltungsaufgabe für die nächsten Jahre sein. Die Bürgerschaftsfraktion der Grünen hat nun einen 11-seitigen Leitfaden für die Integration vor Ort in Bremen und Bremerhaven vorgelegt. "Bildung, Arbeit und Wohnen sind die zentralen Faktoren, damit die Integration von Flüchtlingen gelingt. Nicht weniger wichtig ist die in großen Teilen vorhandene Offenheit und Hilfsbereitschaft der BürgerInnen in Bremen und Bremerhaven", so die Fraktionsvorsitzende Maike Schaefer.

Der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration liegt neben der Bildung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen darin, wie zügig geflüchtete Menschen aus dem Wartesaal des Übergangswohheims mit einer Wohnung und einem Arbeitsplatz in ein selbstbestimmtes Leben inmitten der Gesellschaft aufbrechen können. Der Ausbau von Kitas und Schulen und die Personalausstattung müssen kontinuierlich an den Zuzug von Flüchtlingsfamilien mit Kindern angepasst werden. Die

Schulpflicht muss flexibilisiert werden, damit auch junge Flüchtlinge über 18 Jahren an den Schulen aufgenommen werden und dort ihren Abschluss machen können. Der Fachkräftemangel im Bereich "Deutsch als Zweitsprache" muss behoben werden, die Hochschulen sollen entsprechende Studienangebote ausbauen. Denn das Beherrschen der deutschen Sprache ist für die Integration unabdingbar.

Arbeit im Fokus

Die Integrationskurse mit Spracherwerb müssen für alle Flüchtlinge geöffnet werden. Um den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern, müssen die entsprechenden Sprachkurse deutlich ausgebaut werden. Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse ist durch Nachqualifizierungen zu steigern. Zudem fordert die Fraktion die rasche Besetzung von offenen VermittlerInnen-Stellen beim Jobcenter. Die Vorrangprüfung will die Fraktion abgeschafft wissen, um Flüchtlingen die gleichen Chancen auf eine freie Stelle einzuräumen wie Deutschen oder EU-BürgerInnen. Die Jugendberufsagentur soll die Ressourcen der jungen Flüchtlinge erfassen. Um ihnen über eine Lehrstelle schneller

den Berufseinstieg zu ermöglichen, müssen sie künftig automatisch bei der Agentur für Arbeit ausbildungssuchend geführt werden.

Da bisher gut die Hälfte der ankommenden Flüchtlinge in Bremen bleibt, sind bisherige Prognosen zum Wohnungsmarkt hinfällig. Bremen muss mehr bezahlbare Wohnungen bauen als bisher geplant. Die Grünen-Fraktion fordert, zunächst die bereits erschlossenen bzw. schnell mit Baurecht zu versehenen Flächen zu bebauen. Zugleich sollen zusätzliche Einlieger-Wohnungen im Bestand gefördert werden. Schließlich ermöglicht das Leben inmitten der Stadtteile mit ihren integrativen Angeboten von der Kita bis zum

Sportverein Flüchtlingen das zügige Ankommen in der Gesellschaft. Falls die vorgesehenen Baugebiete 2017 nicht reichen, muss auch mit der Planung neuer Flächen begonnen werden.

Nicht zuletzt muss der Bund die überforderten Länder und Kommunen bei dieser nationalen Integrationsaufgabe stärker unterstützen. "Es geht nicht, dass der Bundesfinanzminister sich für die schwarze Null abfeiert, während die Kommunen nicht wissen, wie sie Schulplätze finanzieren sollen", betont die Fraktionsvorsitzende Maike Schaefer.

Der Leitfaden findet sich hier: www.gruene-fraktion-bremen.de





achdem die Pläne für ein "City-Center' geplatzt sind, schlägt die Grünen-Fraktion in einem Positionspapier kurzfristig umsetzbare Verbesserungen für die Innenstadt vor. Das Ziel: Mit einem Mix aus Kultur, Orten zum Verweilen und pfiffigem Einzelhandel neue Anlässe zu schaffen, die City zu besuchen. Dazu kann die Zwischenlösung für den Lloydhof einen Beitrag leisten.

Darüber hinaus analysieren die Grünen in dem Papier die tiefer liegenden Ursachen für das Scheitern des City-Centers. Der Einzelhandel ist in Bremen mit dem Weserpark und der Waterfront vor allem an der Peripherie gewachsen. Die großen Einzelhandelszentren jenseits der Landesgrenze binden große Anteile der Kaufkraft der Region. Auch der Online-Handel sammelt immer größere Marktanteile aus dem für die Innenstadt relevanten Sortiment. Dadurch ist eine Lage entstanden, in

der der Einzelhandel in der City zu klein geworden ist, um aus eigener Kraft in großen Einheiten zu wachsen. "Wir werben dafür, dass sich die Innenstadt aus der Fixierung auf große Einzelhandelsflächen als Königsweg aus allen Schwierigkeiten löst. Der Einzelhandel trägt zurzeit neue, komplexe und teure Immobilien nicht", sagt Robert Bükking, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion.

Die City sollte nach Ansicht der Grünen-Fraktion ihre urbane Qualität pflegen und ausspielen. Ebenso gilt es, ihre Chancen in der engen Kooperation mit den umliegenden Stadtteilen zu nutzen. "Da liegen große Potenziale", so Robert Bücking.

"Mittlerweile gibt es eine muntere Diskussion um die Zukunft der Innenstadt. Die CDU hat sich zu Wort gemeldet und das Thema Verkehr ein weiteres Mal auf die Tagesordnung gesetzt. Auch die Grünen haben eine Bahnhofsvorstadt ohne

Hochstraße angemahnt. Danach hörte man aus der CDU-Zentrale wieder lautes Türenschlagen. Das hilft nicht weiter. Die Innenstadt hat es verdient, dass wir eine praktikable und ernsthafte Antwort entwikkeln", meint Robert Bücking.

Das Positionspapier steht unter: www.gruene-fraktion-bremen.de

Impressum



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20, 28195 Bremen Tel.: 0421 /3011-0

E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de

ViSdP: Matthias Makosch

Texte: Matthias Makosch

Fotos: Elisa Meyer, iStockphoto,

Matthias Makosch

Druck: Geffken & Köllner, Bremen